DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 090

In die Offensive kommen – Energiepreisproteste von links kanalisieren

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 15. Juli 2022

Beschlüsse:

1. „Heißer Herbst statt kalter Winter“ - DIE LINKE. Sachsen beteiligt sich an der Initiative des Parteivorstandes „LINKER Plan für Entlastung und soziale Gerechtigkeit“ (Beschluss 2022/211): „DIE LINKE bereitet sich auf einen heißen Herbst der Verteilungskämpfe vor. Wir kämpfen für eine wirkliche und sozial gerechte Entlastung der Menschen von den gestiegenen Preisen. Maßnahmen, die gleichzeitig das Klima schützen – wie verbilligte Angebote im Bus-Schienenverkehr – müsste gestärkt werden. Gleichzeitig wollen wir den Spielraum der Unternehmen für Extragewinne und Preistreiberei einschränken. Öffentliche Gelder dürfen nicht aufgrund mangelnder Regulierungen in die Profite und Dividenden der Konzerne fließen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden.
2. DIE LINKE. Sachsen untersetzt diese Initiative mit eigenen Maßnahmen und Material, das auf den „Energiepreis runter“-Aktivitäten der ersten Jahreshälfte aufbaut und diese weiterentwickelt. Dafür wird über den Aktionsrat die Kooperation mit der Landtagsfraktion, der Landesgruppe Sachsen im Bundestag, der AG 27, dem Jugendverband und weiteren Partnerorganisationen hergestellt.
3. Der Landesverband ruft die Gliederungen in den Landkreisen und Städten auf, im Aktionszeitraum beginnend im September 2022 verstärkt Aktivitäten im öffentlichen und virtuellen Raum durchzuführen. Hierfür stellt der Landesverband sowohl geeignetes Info- und Aktionsmaterial zur Verfügung und gibt inhaltliche Unterstützung in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie bei der Umsetzung von Aktionsformaten. Die Landesgeschäftsstelle kontaktiert proaktiv die einzelnen Kreis- und Stadtverbände, um mögliche Aktivitäten und Formate im Aktionszeitraum anzuregen und Fragen und Unterstützungsbedarfe abzuklären.
4. Die Abgeordneten und Fraktionen der LINKEN in den Parlamenten bzw. in den kommunalen Vertretungskörperschaften werden über diese Initiativen informiert und gebeten, sie entsprechend ihrer Möglichkeiten sowohl in ihrem parlamentarischen Handeln als auch durch öffentliches Auftreten zu unterstützen.
5. Die Social-Media-Aktivitäten des Landesverbandes und der Gliederungen werden im entsprechenden Zeitraum auf die Begleitung dieser Initiativen konzentriert, die Fraktionen und Abgeordneten werden gebeten zu prüfen, inwieweit sie dies kooperativ unterstützen können und dies ggf. dann auch zu tun.

Anlagen: -

politische Botschaft: -

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Sammlung von Terminen auf der Energiepreis-Unterseite

weitere Maßnahmen: Erarbeitung einer Handreichung und ggf. Schulung für WK-MA, Ortsverbände

Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Die Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: Einstimmig dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 15.07.2022

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

Seit Monaten steigen die Energiekosten und sind ein ganz konkretes Problem für einen wachsenden Teil der Bevölkerung. Die wirtschaftlichen und energetischen Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine haben diese Situation nochmals deutlich verschärft. Besonders Menschen und Familien mit kleinen Einkommen sind besonders stark von den explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen betroffen und benötigen dringend eine wirksame Entlastung. Betroffen sind jedoch auch Unternehmen, Selbstständige und natürlich die Beschäftigten. Nicht wenige Energiekonzerne machen hingegen seit Monaten ordentlich Kasse.

Was können wir vor Ort tun?

1. Ausbau der Beratungsangebote in unseren Büros:

- Da wo es möglich ist, sollen mehr Beratungstermine angeboten werden in den Bereichen:
    - Mietrecht, insbesondere Mietminderungen, Nebenkosten und Umlagefähigkeit (Ziel: Verständnis für Widerspruch gegen NK-Abrechnung entwickeln, Hinweis darauf, Abschläge zu erhöhen)
- Sozialberatung
- hierfür sollen auch externe Beratungsstrukturen eingebunden werden, wo wir es nicht mehr aus eigener Kraft schaffen. z.B.: Verbraucherschutzvereine, Erwerbsloseninitiativen, Mietervereine, Gewerkschaften,...

2. Schaffung von Vernetzungsangeboten für Betroffene:

- Angebot von Stammtischen, offenen Runden etc. und intensive öffentliche Bewerbung dieser Angebote, zum Beispiel durch Flyern in Briefkästen, Plakate in den Büros, die auf Termine hinweisen
- Organisation von Demos und Kundgebungen, open Mics in klarer Kommunikation dass nicht geschwurbelt wird; ggf. gemeinsame Orga mit Sozialverbänden, Gewerkschaften, Tafeln,...
- Werbung für und Unterstützung bei der Gründung von Ortsgruppen von #ichbinarmutsbetroffen: https://ichbinarmutsbetroffen.start.page/

Wie werden wir beratungsfit?

1. Erarbeitung eines Schulungsformates für Wahlkreis-MA, Bürobesetzungen, Interessierte aus OVen; hier kann die Fraktion inhaltlich am besten zuarbeiten
Themen: Prognosen in der Energiepreisentwicklung, Hintergründe zum Vertragswechsel und Wegfall der Festpreisverträge ab ~2. und 3. Quartal sowie rechtliche Möglichkeiten in der höchsten Gaswarnstufe

Daraus soll eine Handreichung entstehen, in der
- Beratungsziele erklärt werden sowie Hintergründe geliefert werden
- eine Anleitung für Vernetzungsangebote und beispielhafte Abläufe für verschiedene Formate stehen